43 K 3/26

Amtsgericht Mönchengladbach

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 03.02.2027, 10:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal A 14, Hohenzollernstr. 157, 41061 Mönchengladbach

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Hardt-Neue, Blatt 1355,
BV lfd. Nr. 1
Gemarkung Hardt-Neue, Flur 17, Flurstück 349, Gebäude- und Freifläche, Stefan-Zweig-Weg, Größe: 18 m²

Grundbuch von Hardt-Neue, Blatt 1355,
BV lfd. Nr. 2
Gemarkung Hardt-Neue, Flur 17, Flurstück 834, Gebäude- und Freifläche, Stefan-Zweig-Weg 32, Größe: 463 m²

versteigert werden.

laut dem Sachverständigengutachten ist das Flurstück 349 mit einer PKW-Garage und das Flurstück 834 mit einem Einfamilienhaus-Bungalow (Baujahr ca. 1980) bebaut. Das Einfamilienhaus ist voll unterkellert.

Größe:

Flurstück 349: 18 qm

Flurstück 834: 463 qm

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 05.02.2026 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

356.000,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Hardt-Neue Blatt 1355,
  lfd. Nr. 1 10.000,00 €
- Gemarkung Hardt-Neue Blatt 1355,
  lfd. Nr. 2 346.000,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.